

INHALT

1. Bundesinnenministerium kritisiert Flüchtlingspolitik der Landesregierung
2. Jugendheime: Sozialministerin Alheit weiter unter Druck
3. CDU-Fraktion wirft Habeck in Debatte über Mindestabstände Fehlinformationen vor
4. Steuerschätzung sieht weiter steigende Einnahmen
5. CDU fordert Entbürokratisierung der Vergabe öffentlicher Aufträge

13.05.2016

Bundesinnenministerium kritisiert Flüchtlingspolitik der Landesregierung Günther: SPD, Grüne und SSW boykottieren Kooperation mit Bundesebene



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

In dieser Woche wurden Vorwürfe des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Dr. Ole Schröder (CDU), zur Flüchtlingspolitik der Landesregierung öffentlich. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, warf Innenminister Stefan Studt danach eine bewusste Verweigerungshaltung vor.

Ausgangspunkt war die Ablehnung Studts zu einem persönlichen Gespräch zwischen Bund und Land, das Schröder angesichts bestehender Defizite bei der Kooperation des Landes mit dem BAMF bereits vor zwei Monaten angemahnt hatte.

„Offenbar haben sich SPD, Grüne und SSW darauf verständigt, die mit dem Bund vereinbarte Beschleunigung der Asylverfahren und der daraus resultierenden Abschiebungen durch die Verweigerung der Kooperation mit der Bundesebene zu boykottieren. Bislang haben

Ministerpräsident Albig und Innenminister Studt bei jedem aufgedeckten Problem mit dem Finger auf den Bund gezeigt. Diese billige Ausrede ist jetzt endgültig entlarvt worden“, so Günther.

Schröder hatte von „massiven Umsetzungsdefiziten“ in der Flüchtlingspolitik der Landesregierung gesprochen. Er bemängelte besonders die im bundesweiten Vergleich niedrige Anzahl der Abschiebungen von Flüchtlingen. Grund dafür sei die Überforderung der Ausländerbehörden. Deshalb müsste auch Schleswig-Holstein die Abschiebungen beim Land zentralisieren und die Kommunen nicht länger alleine lassen, so Schröder.

Günther bilanzierte: Wann immer es um Flüchtlinge gehe, stünden Ministerpräsident Albig und Innenminister Studt mit Forderungen und Vorwürfen an die Bundesregierung in der ersten Reihe. „Wenn es aber um die Einhaltung mit dem Bund geschlossener Vereinbarungen geht, dann steht Schleswig-Holstein an letzter Stelle.“

Jugendheime: Sozialministerin Alheit weiter unter Druck CDU: Ministerin muss Kindeswohl endlich Priorität einräumen



Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

Der „Friesenhof“-Skandal weitet sich immer mehr aus. Anfang der Woche berichtete Sozialministerin Kristin Alheit über zwei weitere schleswig-holsteinische Einrichtungen, in denen vergleichbare Methoden angewandt wurden. Öffentlich gemacht hatte dies die Opposition. Alheit hatte sich zunächst am Dienstag vergangener Woche in einem NDR-Interview schlecht informiert gezeigt. Am Freitag erklärte sie gegenüber Journalisten, die Sachverhalte seien lange bekannt und von der Heimaufsicht korrekt abgearbeitet worden. Mehr hätten ihre Mitarbeiter nicht tun können, da bundesgesetzliche Regelungen nicht mehr zuließen. Beispielsweise seien keine anlaßunabhängige unangekündigte Kontrollen möglich.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje Hoffmann, warf Alheit daraufhin zögerliches Handeln vor. „Alheit muss dem Kindeswohl endlich Priorität einräumen, forderte die CDU-Abgeordnete. Diese strenge Auslegung der bundesgesetzlichen Regelung sei umstritten. „Es gibt durchaus Juristen, die beispielsweise nach vorangegangenen Beanstandungen unangemeldete Prüfungen auch ohne konkreten Anlass für rechtmäßig halten“, sagte Rathje-Hoffmann. Angesichts der vorliegenden Anzahl von Hinweisen und Beschwerden müsse im Zweifel gehandelt werden.

Es fehle bis heute an klaren und konkreten Handlungsanweisungen. So sei auch über ein Jahr nach Beginn der Friesenhof-Affaire die angekündigte neue Kinder- und Jugendhilfeverordnung

nicht in Kraft.

„Dieser Erlass hätte längst kommen müssen. Auch hier fehlt offenbar die nötige Entschlossenheit der Ministerin, auch innerhalb ihres Hauses für die nötige Priorität zu sorgen“, kritisierte Rathje-Hoffmann.

CDU-Fraktion wirft Habeck in Debatte über Mindestabstände Fehlinformationen vor Falschinformation vor Umweltminister bleibt Beleg für seine Aussagen schuldig



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

In der Aprilsitzung des Landtages hatten SPD, Grüne und SSW die Forderung der CDU-Fraktion nach einer Vergrößerung des Mindestabstands von Windkraftanlagen zu menschlichen Siedlungsbereichen abgelehnt. 1200 Meter zu Siedlungen und 500 Meter zu Einzelhäusern würden „den Windausbau in Schleswig-Holstein vollkommen zum Erliegen bringen“, hatte Energiewendeminister Robert Habeck im Landtag erklärt. Mit den vorgeschlagenen Abstandsregelungen würden nur noch 0,3 Prozent von der Nutzungsfläche übrig bleiben. Die CDU-Fraktion sieht dagegen die Ausbauziele durch die geforderte Vergrößerung des Mindestabstandes nicht als gefährdet an.

Die Landesregierung war denn auch nach Aussage der CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen nicht in der Lage, diese Behauptung des Ministers zu belegen. Sie hatte in der zuständigen Staatskanzlei nachgefragt, unter welchen weiteren Bedingungen diese erhebliche Reduzierung zustande kommen soll. Denn: Es gibt etwa 80 Kriterien – vom Abstand zu Kulturdenkmälern über Ruhezeiten von Vögeln bis hin zum Abstand von Stromleitungen – die Einfluss auf die zur Verfügung stehenden Nutzungsflächen haben.

Und diese wurden von der Landesregierung per Runderlass des Ministerpräsidenten am 29. April neu festgelegt (Link siehe unten).

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther kritisierte die Weigerungshaltung der Landesregierung, über den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Menschen offen zu diskutieren, daraufhin scharf. „Wir wollen als CDU die Debatte darüber führen, mehr Abstand von Menschen zu Windkraftanlagen möglich zu machen, indem wir den Abstand zu Tieren und anderen schützenswerten Gütern angemessen reduzieren“, so Günther.

Dazu seien SPD, Grüne und SSW offenbar nicht bereit. Deswegen erzählten sie – wie Habeck

im Landtag - Schauergeschichten vom drohenden Ende der Energiewende. „Wenn ein Minister im Landtag Oppositionsanträge mit regierungsamtlichen Zahlen abbügelt, dann muss er diese auch belegen können. Das kann Habeck nicht. Ihm ging es von Anfang an nur darum, die Diskussion über mehr Abstand von Windrädern zu Menschen schnellstmöglich zu beenden“, so Günther. Der Umweltminister nahm auch in dieser Woche nicht Stellung zu seiner 0,3 – Prozent-Behauptung.

Günther warb gleichzeitig dafür, den Ausbau der Windkraftanlagen und den Ausbau der Stromnetze besser zu koordinieren. Derzeit müssen Windkraftanlagen häufig abgeschaltet werden, weil die Netze den Strom nicht abtransportieren können. Die Netzbetreiber müssen die Windkraftanlagenbetreiber dafür entschädigen und geben die Kosten an ihre Kunden weiter. Allein im vergangenen Jahr wurden 300 Millionen Euro auf die Stromkunden in Schleswig-Holstein umgelegt. „Das ist doch Wahnsinn. Es gibt überhaupt keinen Grund, jetzt um jeden Preis ein Windrad nach dem anderen zu bauen. Albig und Habeck müssen den Menschen erklären, weshalb ihre Stromkosten dafür explodieren, dass Windräder still in der Landschaft stehen“, so Günther.

Runderlass des Ministerpräsidenten:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/raumordnungsplaene/landesentwicklungsplan/documents/20160429_Planungserlass_Windflaechen.pdf?blob=publicationFile&v=3

Steuerschätzung sieht weiter steigende Einnahmen CDU-Fraktion mahnt strukturelle Einsparungen an



Finanzpolitiker Tobias Koch

Wie schon in den Vorjahren kann die Landesregierung mit weiter steigenden Einnahmen rechnen. Das ergab die in dieser Woche veröffentlichte Steuerschätzung. In den ersten vier Monaten des Jahres hat Finanzministerin Monika Heinold noch einmal 106 Millionen Euro mehr eingenommen, als im Vorjahr. Das ist ein Wachstum von 3,7 Prozent.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch bezeichnete die Entwicklung als erfreulich. Er erinnerte jedoch daran, dass die Konjunktur sich auch wieder abkühlen werde. Das grundlegende Problem des Landeshaushaltes bleibe bestehen. Die durchschnittlichen Einnahmen des Landes seien nicht in der Lage, die regelmäßigen Ausgaben zu decken. „Jedes normale Jahr schließt die Finanzministerin mit 400 Millionen Euro Miesen ab“, so Koch.

Er kritisierte vor diesem Hintergrund erneut, dass SPD, Grünen und SSW in ihrer Regierungszeit bislang keinerlei Anstrengungen im Bereich der Kosteneinsparung unternommen haben.

CDU fordert Entbürokratisierung der Vergabe öffentlicher Aufträge Gespräch mit Architekten und Ingenieuren

Der FAK Wirtschaft, Tourismus und Verkehr traf sich am 11. Mai 2016 im Landeshaus unter Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers Johannes Callsen mit Vertretern der Architekten- und Ingenieurskammer Schleswig-Holstein (AIK). Zu Gast waren Präsident Uwe Schüler, der erste Vizepräsident Harald Peter Hartmann sowie die Geschäftsführerin Simone Schmid. Schwerpunktthemen waren die Auftragsvergabe des Landes und die Sicherung von Fachkräften, da in Deutschland in den nächsten fünf Jahren bis zu 30.000 Ingenieure fehlen werden.

Die AIK forderte die CDU-Politiker auf, sich noch stärker für eine Entbürokratisierung der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen einzusetzen. Viele Architekten und Ingenieure würden bei öffentlichen Ausschreibungen wegen der Vielzahl der durch Rot, Grün, Blau im Tarifreue- und Vergabegesetz installierten vergabefremden Kriterien einfach keine Angebote mehr abgeben.

„Das ist eine für den schleswig-holsteinischen Mittelstand untragbare Situation. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass mehr öffentliche Aufträge in der Region vergeben werden als bisher. Dafür sollte die Landesregierung endlich dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Entlastung des Mittelstandes zustimmen, forderte Callsen.

Ein großes Anliegen der Architekten und Ingenieurskammer sei darüber hinaus die Förderung der Baugeschichte und -kultur Schleswig-Holsteins. „Besondere Verdienste um die Baukultur in Schleswig-Holstein sollten im Land insbesondere auch aus touristischen Aspekten stärker sichtbar werden. Dieses Anliegen wird die CDU-Fraktion sehr gerne unterstützen“, so Callsen.



Petra Nicolaisen und Johannes Callsen

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de